

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1952

258 (5.11.1952)

Druck u. Verlag: Badische Presse, Karlsruhe, Lorenzstr. 70-4
Tel. 48114 u. 701-22. Anz.-K. 100.000. (Bilanz) 1951: 1.000.000,-
Karlshaus-Druckerei, Karlsruhe, Dieckmannstr. 10
Müllberg-Druckerei, Karlsruhe, 10. Pflanzl. Gasse, Ecke Zähringerstr.



BADISCHE



NEUESTE NACHRICHTEN

Badische Presse

Amerika wählte sein neues Staatsoberhaupt

Sensationelle Wahlbeteiligung bereits in den ersten Stunden

Washington (AP/dpa). Gestern wurde in den Vereinigten Staaten gewählt. In 144 000 Wahllokale haben die Amerikaner einen neuen Präsidenten und eine zum größten Teil neue Volksvertretung gewählt und nun wartet die ganze Welt voller Spannung, ob der neue Präsident Eisenhower oder Stevenson heißen wird, ob diesmal die Republikaner das Rennen gemacht haben oder ob das Steuer in der Hand der Demokraten geblieben ist?

Vast alle Berichte aus den Wahlbezirken — aus denen übereinstimmend so etwas wie fassungslosers Erstaunen über den „noch nie dagewesenen Vorgang“ spricht — versprechen einen Bienenstich in den Wahllokale schon in den frühen Morgenstunden. Verkehrsstörungen und Schlangen vor zwei Häuserblöcken Länge gab es vor den noch geschlossenen Wahllokale. In Baltimore: 25 Prozent aller registrierten Wähler schon in den ersten zwei Stunden abgefertigt. In der Stadt New York: über 40 Prozent schon um elf Uhr vormittags (in früheren Wahlen pflegte überhaupt nur 50 bis 55 Prozent der Wahlberechtigten zu wählen). Das New Yorker Gebiet wählte ganz besonders eifrig. Im Staat New York: „Größte Wahlbeteiligung aller Zeiten“.

Am Montagabend sind die vier Kandidaten für Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft

(Eisenhower und Nixon für die Republikaner, Stevenson und Sparkman für die Demokraten) noch einmal zu ihren letzten Ansprüchen auf dem Bildschirm von 19 Millionen Fernsehschneidern erschienen.

Wer wurde gewählt — wie wurde gewählt?

- Neu gewählt wurden:
1. Das Staats- und Regierungsoberhaupt (nicht direkt auf vier Jahre).
2. 35 von 96 Senatoren aus 32 der 48 amerikanischen Bundesstaaten auf sechs Jahre.
3. Alle 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses auf zwei Jahre.
4. Die Gouverneure von rund 30 amerikanischen Bundesstaaten und Territorien (Hawaii, Alaska) auf zwei oder vier Jahre. Ferner in vielen Staaten leitende Beamte und lokale Parlamentarier.

Die Wahl des Präsidenten ist indirekt. Tatsächlich werden 381 Wahlmänner gewählt, die sich auf den Republikaner Eisenhower oder den Demokraten Stevenson im voraus festgelegt hatten. Sieger ist, wer mindestens 269 Wahlmänner durchgebracht hat. Die 48 einzelnen Staaten gaben den Ausschlag, indem sie entweder demokratisch oder republikanisch wählten. Sie haben nach ihrer Bevölkerungsdichte verschieden viele Wahlmänner (z. B. New York 45, Nevada 3). Der Rest ist nur noch eine Formalität: Am 1. Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember (dem 18.) treten verfassungsgemäß die Wahlmänner der siegreichen Partei jeden Staates zusammen und geben ihre Stimme ab. Die nach Washington gesandten Wahlmännerstimmen werden am 6. Januar in einer Plenarsitzung beider Häuser des Kongresses gezählt. Am 20. Januar wird der neue Präsident in sein Amt eingeweiht.

Die Außenpolitik hat in dem jetzt beginnenden Wahlkampf — wie stets — eine untergeordnete Rolle gespielt. Die einzige Ausnahme war Korea, wo Amerika Soldaten im Krieges stehen. Keiner der beiden Präsidentschaftskandidaten hat die Europapolitik der Vereinigten Staaten

in den Vordergrund gestellt. Die wichtigsten Themen waren:

Korea. — Eisenhower will den Kampf an der Front den Südkoreanern überlassen und seine Entscheidungen bei einem Besuch in Korea treffen. Er erklärte den Krieg für notwendig, aber vermeidbar.
Stevenson nannte das Eingreifen in Korea einen Wendepunkt, weil es einen Weltkrieg vermeidet. Er hat keine Beendigung des koreanischen Krieges um jeden Preis versprochen. Er befürchtet, daß die Republikaner ihn entweder ausweiten oder vorzeitig abbrechen würden.

Staatsausgaben. — (Rückung, Auslandshilfe). — Eisenhower hat große Einsparungen (z. B. zehn Milliarden Dollar 1953-54 und 1954-55) für möglich erklärt, ohne daß die amerikanische Verteidigung geschwächt würde.

Stevenson hat einschneidende Kürzungen für lebensgefährlich erklärt und die Sicherheit Amerikas und seiner Verbündeten vorangestellt.

Inflation. — Stevenson ist für Preissteigerungsverordnungen, Eisenhower dagegen für ein strenges Gesetz für ein strikteres Geldpolitik.

Sozialgesetzgebung. — Eisenhower will das Taft-Hartley-Antistrikesgesetz beibehalten, aber ändern. Arbeitszwang im Streikfall lehnt er ab. Stevenson will das Gesetz abschaffen und ein neues einführen, das dem Präsidenten mehr Freiheit der Entscheidung läßt.

Stevenson will das Recht der Farbigen auf den gleichen Arbeitsplatz auf Bundesebene regeln und die Obstruktionspolitik der Südstaaten gegen das Bürgerrechte-Gesetz durch Verfahrensänderung im Kongreß bekämpfen. Eisenhower will diese Gesetzgebung den Einzelstaaten überlassen und seinen Einfluß als Präsident auf sie geltend machen.

Selbst die erfahrensten Beobachter und Meinungsforscher haben keine bestimmte Voraussage gewagt. Alle Umfragen zeigten nämlich, daß eine entscheidende Anzahl von etwa neun Millionen Wählern noch in letzter Minute unentschieden war, was ihr Favorit ist, und daß in den großen Staaten mit vielen Wahlmännerstimmen weder Eisenhower noch Stevenson einen klaren Vorsprung hatte. Die letzten Schätzungen lauteten: 32 zu 48 Prozent oder 47,4 zu 42,3 Prozent für Eisenhower. Das Ergebnis in der ersten Gemeinde der Vereinigten Staaten, Sharon (New Hampshire), die am Dienstag in aller Frühe gewählt hat, lautete: 12 Stimmen für Eisenhower und 13 für Stevenson.

Das endgültige Ergebnis dieser Wahl wird erst heute nachmittags feststehen.

Erdbeben oder Wasserstoffbombe?

Seattle (USA) (AP). Am Dienstagabend wurde von sämtlichen Seismographen an der pazifischen Küste ein schweres Erdbeben festgestellt, dessen Herd vermutlich in Sibirien liegt. Es kann möglicherweise auch die Explosion einer Wasserstoffbombe gewesen sein, erklärte ein namhafter kanadischer Wissenschaftler in Ottawa. Er könne sich um eine Wasserstoffbombe nicht aber um eine normale Atombombe gehandelt haben.

Nach Berechnungen der Universitäts-Observatorien von Washington und Kalifornien muß das Zentrum des Bebens nördlich von Japan in der Nachbarschaft der japanischen Nordinsel Hokkaido gelegen haben.

Das amerikanische See- und Landvermessungsamt in Honolulu (Hawaii) vermutet den Herd des „sehr starken Bebens“ auf der Ostküste vorläufiger Halbinsel Kamtschatka, wo sich starke sowjetische Garnisonen befinden. Man erwartet eine Flutwelle quer über den Pazifischen Ozean, die Hawaii eine halbe Stunde nach Mitternacht MEZ erreichen würde.

Vermutlich das gleiche schwere Beben wurde vom Observatorium in Florenz (Italien) am Dienstagabend zehn Minuten nach sechs Uhr registriert. Es wurde angegeben, daß der Herd in östlicher Richtung lag und daß die Erschütterung sehr stark war.

Stuttgart an Pfalzdebatte nicht interessiert

Landwirtschaftsverwaltung gebildet — 40-Mill.-Kredit des Landes Baden-Würt. Drahtbericht unserer Stuttgarter Redaktion

Stuttgart. — Auf einer Pressekonferenz, die gestern stattfand, gab Ministerpräsident Dr. Maier zunächst bekannt, daß mit der Verordnung der vorläufigen Regierung über den Aufbau der Landwirtschaftsverwaltung in Baden-Württemberg, über die wir auf Seite 1 dieser Nummer berichten, der Neuaufbau der Verwaltung des neuen Bundeslandes bis auf die Finanzverwaltung über die in Kürze entschieden werde, beendet sei.

Der Ministerpräsident gab die Namen der Stellvertreter der vier Regierungspräsidenten bekannt: für Nordbaden Ministerialrat August Herbold, für Südbaden Ministerialrat Arnold Köpfer, für Nordwürttemberg Oberregierungsrat Dr. Ernst Heusch und für Südwürttemberg Ministerialrat Dr. Karl Storz. Es handelt sich durchwegs um Fachbeamte. Der Ministerpräsident erklärte ferner ausdrücklich, die Regierung bilde sich an das Oberleitungsgebot und die in diesem vorgesehene Einteilung des Landes in vier Regierungsbezirke gebunden. Lediglich die Frage der Zusammenfassung in zwei Oberlandesgerichte im Bereiche der Justizverwaltung werde zur Zeit erörtert.

Zu der in der Pfalz im Gange befindlichen Erörterung über die Neugliederung im linksrheinischen Südwestraum erklärte Dr. Maier, daß Baden-Württemberg daran nicht interessiert sei, sondern die Entscheidung hierüber lediglich bei der Bevölkerung der betreffenden Gebiete liege.

Dr. Maier erklärte ferner, daß die Regierung im Landtag einen Kreditgesetzentwurf einbringen werde, das dem Lande aus privaten Quellen Angebote über mittelfristige Kredite in Höhe von 40 Millionen DM vorläge, die man sich nicht entgehen lassen wolle. Das Land werde damit vor allem die Elektrifizierung der Bundesbahn Mühlacker — Bruchsal — Mannheim weiterführen und andere dringende Aufgaben finanzieren. Die Regierung will Ende November die nordbadischen Notstandsbezirke und die Stadt Baden besuchen. Der Finanzausschuß will in die südbadischen Notgebiete von Kehl und Breisach gehen.

Ministerpräsident Dr. Maier beschwerte sich in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesrates über die unzureichende Orientierung durch die Bundesregierung. Der Bundfunkgesetzentwurf zeige, daß das Innenministerium

in Bonn es nicht für nötig halte, die Länderregierungen darüber zu unterrichten, obwohl das Rundfunkwesen zu einem erheblichen Teil Angelegenheit der Länder sei. Das gleiche treffe für die beschriebene Neugliederung der Technischen Nothilfe zu.

Auf die Frage nach der Stellungnahme Baden-Württemberg zur bevorstehenden Abstimmung über die Europäische und Deutsch-landvertrag erklärte Dr. Maier, daß der Bundesrat sich mit diesen Verträgen erst befassen werde, wenn das Bundesverfassungsgericht sein Gutachten erstattet habe.

Ministerialrat August Herbold wurde am 27. Mai 1950 in Mannheim geboren und war bisher bei der Landesbankdirektion für Wirtschaft in Karlsruhe.
Ministerialrat Arnold Köpfer wurde am 18. Juni 1900 in Gornwil im Kreis Waldshut geboren und war bisher beim Finanzministerium Freiburg.

Saar-Sonderauszahlung geplant

Bonn (Eig. Ber.). Der Bundestag wird wahrscheinlich vor dem Wahltag in der Saar, dem 20. November, in einer Sonder Sitzung seine Ablehnung dieser undemokratischen Wahlen zur Öffentlichkeit kundtun. Bundesminister Kaiser unterstrich in einer Rede in Leverkusen, daß Freiheit der Wahlen ebenso wie für die Ostzone auch für die Saar gefordert werden müsse.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsparteien im Bundestag und Bundesfinanzminister Schäffer, die, wie gemeldet, schon einmal zu einer Rücktrittserklärung Schäffers geführt haben, werden in der nächsten Woche weitergehen. Minister Schäffer ist der Ansicht, nur das Versprechen gegeben zu haben, die Vorschläge der Koalitionsparteien ernsthaft zu prüfen.

Das Bundeskabinett kam bei seiner Beratung des Memorandums an die Mitte Dezember stattfindende Nordatlantikkonferenz zu dem Schluß, daß die Bundesrepublik nicht mehr als die schon in diesem Jahr geleisteten 2,5 Milliarden DM zusätzlich mindestens 2,5 Mrd. DM für die innere Sicherheit und Berlin, die auch echte Ausgaben für die Verteidigung seien, leisten könne.

Parlamentsheer oder Soldaten?

Die Spannungen in der Dienststelle des Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank Drahtbericht unserer Bonner Redaktion

Bonn (Eig. Ber.). Die Spannungen im Amt Blank, die durch das Ausscheiden eines Mitarbeiters am vergangenen Wochenende in der Öffentlichkeit bekannt wurden, drohen sich, wie Abgeordneter Dr. Mende in einem Rundfunkvortrag erklärte, um die innere Struktur der deutschen Verbände, dem 20. Juli (das Attentat auf Hitler) und die Gefahr eines politisch-militärischen Einflusses in der Personalbestimmung Mende sprach sich für das aktive Wahlrecht der Soldaten aus. Der 20. Juli dürfe das deutsche Soldatenrecht nicht in zwei Lager teilen, da man gleiche Hochachtung vor denen haben müsse, die in Gewissenszweifel getrieben sind und vor denen, welche gutgläubig ihren Gehorsam noch bis 5 Minuten nach 12 geleistet hätten. Eine neue Armee müsse auf den Schultern aller demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und anderer demokratischer Parteien ruhen. Die Führerstellen sollten aber niemals parteipolitisch ausgehandelt werden.

In einem Interview teilte Blank lt. dpa mit, daß vor einer militärischen Tätigkeit jeder Soldat und Offizier des deutschen EWG-Kontingentes einen staatsbürgerlichen Unterrichtskursus absolvieren müsse. Das Bundeskabinett und die zuständigen Instanzen des Parlaments würden bei der Auswahl der höheren Offiziere mitwirken. Bundeskanzler Dr. Adenauer ließ sich,

wie in Bonn bekannt wird, gestern von Blank über den Stand der Pariser Beratungen des Interimsausschusses berichten.

Frankreich bremst Aufrüstung

Paris (Eig. Ber.). Wie in Paris verlautet, wird die französische Regierung den Fragebogen der NATO dahingehend beantworten, daß Frankreich 1953 nicht beabsichtigt, sein militärisches Potential zu erhöhen. Die elf Divisionen, die für 1953 versprochen wurden, seien aufgestellt. Für 1953 sei es nach Regensburg der amerikanischen Finanzhilfe auf 320 Millionen Dollar nicht möglich, zusätzliche Divisionen aufzustellen.

Scotland Yard sucht Krupp-Kunstschätze

London (dpa). Die Suche nach abhanden gekommenen Kunstschätzen der Kruppchen Villa Hügel in Essen wird jetzt auch auf Großbritannien, nach einer Meldung des „Daily Express“ vom Dienstag haben Scotland-Yard-Besuche zahlreiche früher in Essen stationierte Angehörige der britischen Besatzungstruppen und der britischen Kontrollkommission verhört. Bisher ist nicht bekannt, ob diese Untersuchungen zu irgendwelchen Ergebnissen geführt haben.



Fallschirmjäger gehen in Tanking vor! Tausende französischer und vietnamesischer Fallschirmjäger wurden zur Abwehr der Vietnambefreiung in den schmalen Tälern im Nordwesten Indo-China abgesetzt. Hier ist eine Fallschirmjäger-Einheit auf ihrer schweren Ausrüstung beim Vorgehen auf einem schmalen Gebirgssteig zu sehen. (AP)

Neues in Kürze

Bundesjustizminister Dehler teilte mit, daß die Bundesregierung bei Argentinien einen Auslieferungsantrag gegen den Legationsrat im früheren Außenministerium, Klingebühl, eingereicht habe. Für den ehemaligen Legationsrat Rademacher sei kein Auslieferungsersuchen gestellt worden, da Aufenthaltsort unbekannt. (AP)

Das Braunschweiger Schwurgericht verurteilte den ehemaligen Ministerpräsidenten von Braunschweig, Dietrich Klages, zu 15 Jahren Zuchthaus. (AP)

Der Bundesverband der FDP wird sich am 9. November 1952 in Bonn mit der Frage des Zusammenschlusses der FDP-Verbände im neuen Bundesland Baden-Württemberg befassen. (dpa)

Bundeskanzler Dr. Adenauer empfing gestern die drei Vorsitzenden der deutsch-orientierten und zu den saarländischen Landtagswahlen nicht zugelassenen Saarparteien. (dpa)

Der König von Schweden wurde von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände um Vermittlung im Ost-West-Konflikt gebeten. (AP)

Nach zweimonatigem Aufenthalt in Frankreich reiste der Staatschef von Vietnam, Exkaiser Bao Dai, in der Nacht zum Dienstag auf dem Luftweg nach Saigon zurück. (dpa)

Ägypten hat Großbritannien vorgeschlagen, die Sudanesisen bis Ende 1955 in einer Volksabstimmung über die Vereinigung des Sudans mit Ägypten oder über völlige Unabhängigkeit entscheiden zu lassen. (AP)

Bei der mexikanischen Stadt Puebla hat sich am Dienstag kurz nach Mitternacht ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem vollbesetzten Omnibus und einem schweren Lastwagen ereignet. Nach den ersten Meldungen wurden neun Personen getötet, 25 weitere erlitten zum Teil schwere Verletzungen. (AP)

Schweden wird als dritter Staat eine ständige Vertretung bei der hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg errichten. Großbritannien und die USA sind bereits in Luxemburg vertreten. (dpa)

Die arabische Delegation, die sich 4. Zl. in Deutschland aufhält, wurde von dem SPD-Vorsitzenden Odenhauser empfangen. (dpa)

Die Sackgasse

H. R. Bei der Auseinandersetzung, die zwischen Deutschen, Israel und Arabern um das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen entstanden ist, hat die Bundesregierung in einem Punkt recht gehabt: den Mitgliedern der arabischen Delegation nicht zu gestatten, ihre Proteste im deutschen Rundfunk und in deutschen Zeitungen zu veröffentlichen. Damit soll nicht einer Geheimniskrämererei Vorwand geleistet werden.

Diese Angelegenheit vertritt jedoch keine Stimmungsmache, ihr wird nicht gedient, wenn sie auf das Gebiet von Gefühlsregungen verdrängt wird. Sie ist an sich schon so verworren, daß sie nur bei nüchternster Überlegung geklärt werden kann. Und nur um Klärung kann es hier gehen. Denn durch Förderung, Gewährung und Gegenforderung ist ein Dreiecksverhältnis von Spannungen entstanden, das auseinandergebrochen werden muß.

Das Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik, dem Staat Israel und privaten jüdischen Organisationen, das Mitte September ds. J. unterzeichnet worden ist, war von Anfang an umstritten. Es war ein völkerrechtliches Novum, weil es nicht nur eine Zahlungsregelung zwischen zwei Regierungen enthielt, die beide zu der Zeit, als der Anlaß der Zahlung eintrat, noch nicht bestanden. Es war aber auch neu insofern, als es zwischen einem Staat — der Bundesrepublik — und einer privaten Organisation geschlossen wurde.

Die Bundesregierung hat darüber hinweggehen, vielleicht weil sie mit der Zahlung von 2,45 Milliarden DM in Waren zugleich so etwas wie die moralische Begleichung einer Schuld verbinden wollte, vielleicht auch, weil sie den Abschluß dieses Abkommens als wichtig für die deutsche Stellung dem anderen Ausland gegenüber ansah. In Israel wurde zwar von einem „Akt historischer Gerechtigkeit“ gesprochen, zugleich aber darauf hingewiesen, daß diese Zahlungen „nichts als eine Summe für die deutschen Verbüßen am Judentum“ gelten könnten. Dazu kam, daß sofort Bedenken wirtschaftlicher Natur erhoben wurden. Es wurde gefragt, an welcher Stelle des Bundeshaushalts die Zahlungen an Israel erschienen und ob die israelische Wirtschaft unter den Lieferungen nicht leiden werde. Die unwilligen Proteste nationalisierender Kreise in Israel gaben die Lage für die israelische Regierung ebenfalls nicht leicht.

Von Anfang an also ein Chaos von Gefühlen, heraufbeschworen aus einer vergangenen Trägödie, von Resentiments, die völlig erklärlich und entschuldbar waren, aber das Bild gänzlich verwirrt. Wie es fast voraussehen war, erhoben bald nach dem Abschluß des Abkommens die arabischen Staaten Protest dagegen. Sie behaupteten, die Lieferungen an Israel gefährdeten ihre Existenz, da das Kriegspotential Israels von neuem gestärkt würde. Sie erinnerten an die 800 000 arabischen Flüchtlinge aus dem Palästina, die noch immer in Behelfslagern hausten, — und sie zogen die Konsequenz sehr fühlbar für die neuen deutsch-arabischen Wirtschaftsbeziehungen, die sich für 1952 mit einem Zwei-Milliarden-DM-Export aus der Bundesrepublik nach dem Nahen Osten ausweisen sollten. Entsendung einer arabischen Protestdelegation nach Bonn, Kündigung von Handels- und Lieferverträgen durch Saudi-Arabien und den Jemen, eine ägyptische Protestnote und, um das Maß voll zu machen, die Klage deutscher Firmen gegen das Abkommen wegen Geschäftsschädigung — dem allem sieht sich die Bundesregierung gegenüber.

Es wird zugegeben werden, daß die Lösung dieses gordischen Knotens sehr vorsichtig und klaren Kopfes versucht werden muß. Die UNO als Empfänger und Vermittler der Zahlungen ist vorgeschlagen worden. Aber das durchzuführen ist nicht ganz leicht, weil die Bundesrepublik nicht Mitglied und der Staat Israel als Empfänger ausdrücklich anerkannt ist. Es könnte an einen Weg gedacht werden, der sowohl Israel wie die arabischen Staaten zufriedenstellt, z. B. Beteiligung der Bundesrepublik an einem wirtschaftlichen Aufbauprogramm in Arabien. Hier werden sich jedoch andere interessierte Staaten wie Amerika und England einzuschalten versuchen, von denen letzteres ohnehin schon die handelspolitische Ausschaltung im Nahen Osten zu fürchten hat.

Es gibt kein Wiederrücktreten von dem Abkommen mit Israel — das sollte einleuchten. Selbst wenn jeder Gedanke an eine Verknüpfung von moralischer Schuld und Zahlungsabkommen beiseitegeschoben wird, und wir sollten das Wort „Wiedergutmachung“ in diesem Zusammenhang wegen seiner schrecklichen Bedeutung überhaupt nicht lassen, dann bleibt noch immer der völkerrechtliche Tatbestand eines Vertrages. Der Ausweg muß also in Verhandlungen, sogar auch in Angeboten an die arabischen Staaten gesucht werden, weil ihre Stellung vom rechtlichen Standpunkt aus die schwächere ist. Nebenher jedoch muß in der UNO das dringende Bemühen laufen, zu einer Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Israel und den arabischen Staaten und einer Wiederansiedlung der arabischen Flüchtlinge zu kommen. Diese zweigleisigen Verhandlungen müssen miteinander geordnet, oder wie das Fremdwort heißt, koordiniert werden. Denn im Grunde genommen ist die Bundesregierung das Opfer, das sich in einer Sackgasse internationaler Herkunft wider besseres Wissen verlaufen hat.

Der Münchner Ostsender als Zankapfel

„Freies Europa“ vor dem Bundestag — Ein grundsätzliches Problem

Seit seinem illemonatigen Bestehen war der Münchner Freiheitssender für Osteuropa, „Radio Free Europe“, schon wiederholt Gegenstand öffentlicher Kritik und oft scharfer Auseinandersetzungen. Namentlich befaßte sich der Bundestag mit dieser Frage, da das Abkommen zwischen Bundesregierung und US-Hochkommission über den Weiterbetrieb amerikanischer Sender in Westdeutschland — und dazu gehört neben den Soldatensendern des AFN vor allem „Radio Free Europe“ — ratifiziert werden soll. Nach einer scharfen Auseinandersetzung wurde der Fall „Radio Free Europe“ dem Außenpolitischen und Rundfunk-Ausschuß des Bundestages übertragen.

Das Sendebestimmungen sieht vor, daß „Radio Free Europe“ auf deutschem Boden errichtet und von hier zu senden, ein exterritoriales Unternehmen darstellen und auch weiterhin zu jenen Belangen gehören, welche die amerikanischen Stellen für sich vorbehalten haben. In dem Abkommen heißt es außerdem, daß der Sendebetrieb selbst „in demokratischem Geist aufgebaut und geführt“ sein und „mit den Interessen der Bundesrepublik nicht in Widerspruch stehen“ soll. Schwierig wird der Fall aber nicht nur dadurch, daß die „Interessen der Bundesrepublik“ darin nicht näher definiert sind, sondern auch dadurch, daß der Sender RFE auch amerikanischerseits keiner Kontrolle durch das State Department untersteht, sondern, von privaten „National Committee for a Free Europe“ finanziert, den völlig freisitzigen Status einer privaten Sendegesellschaft genießt, deren Schutz die USA nur für das Ausland übernommen haben ohne dabei sich direkt in den Sendebetrieb einzumischen.

Es geht bei „Radio Free Europe“ nicht nur darum, ein formales Vertragswerk mit der grundsätzlichen Problemstellung, ob den USA auf westdeutschem Gebiet exterritoriale Senderechte eingeräumt werden sollen oder nicht, zu ratifizieren oder zu verwerfen — es geht dabei auch um eine politische Frage.

Der maßgebliche Sprecher des „National Committee for a Free Europe“ Mr. Frank Altschul, erklärte kürzlich in New York, der „Kernpunkt für die Freiheit des RFE distanzieren sich grundsätzlich von jeglichen revisionistischen Bestrebungen“. An wessen Adresse dies gerichtet war, geht aus gewissen Äußerungen des politischen Direktors des Senders in München, Mr. Griffith, hervor, welcher neuerdings bei einem „round-table“-Gespräch u. a. hervorhob, daß der „den RFE-Betrieb angreifende deutsche chauvinistische Revisionismus in grundsätzlichen Gegensatz zur US-Außenpolitik stünde, die nach wie vor an dem Standpunkt von Potsdam festhalte, auch wenn vielleicht jetzt manchmal aus taktischen Gründen etwas leiser getreten werden müsse...“ Mr. Griffith lehnte es ab, daß sich osteuropäische Emigranten überhaupt mit deutschen Vertretern an einen Tisch setzen und „politische Gespräche“ führen, die „doch nicht im Sinne der US-Politik“ lägen.

Die praktischen Konsequenzen der Ansichten Mr. Altschul und Mr. Griffith treten besonders

deutlich in der „tschechoslowakischen Sektion“ von RFE zu Tage, welche bisher im Brennpunkt aller Angriffe stand. Eine einzige der zahlreichen Emigrantengruppen hält trotz aller kürzlichen „taktischen“ Umgruppierungen diktorisch alle Positionen in der Hand: Der „Rat der Freien Tschechoslowakei“ (Koalition der Benesch-Anhänger). Er läßt, obwohl selbst nur ca. 30 Prozent der Exil-Tschechen und 15 Prozent der Exil-Slowaken vertretend, keine andere Gruppe zu Wort kommen. Seine Vertreter aber, die über die Wellen des RFE sprechen, waren früher entweder direkte Kommunisten, oder haben zumindest als Parteigänger Dr. Benesch, des früheren Tschechen-Präsidenten, der kommunistischen Machtergreifung in Prag erheblichen Vorschub geleistet. Da sie aber die „tschechoslowakische Garnitur des Geistes von Potsdam“ waren, haben sie auch direkte Mitverantwortung an der Ausweisung der Sudetendeutschen nach 1945 aus der Tschechoslowakei.

Gegen diese Zustände regnete es bisher (durchweg ohne Erfolg) eine Reihe von Protesten. Nicht nur die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ protestierte, auch eine wachsende

Anzahl von Exil-Gruppen selbst, die alle erbitterte Gegner des „Benesch-Kurses“ sind. Dabei werden zwei verschiedene Tendenzen vertreten: Die Sudetendeutschen verlangen — nach einer Resolution von Dr. v. Löffler vom 21. Sept. — deutsche Kontrolle der Fernsändebestellung, direkte Einflußnahme deutscher Vertreter auf das Sendeprogramm und Beteiligung Sudetendeutscher und tschechoslowakischer Vertreter fanden sich in einer Pressekonferenz in Bonn am 10. Oktober bereit, die Sudetendeutschen zu unterstützen. Alle anderen Gegner des heutigen Kurses „des Senders unter den Emigranten schlagen vor, das Monopol der Benesch-Gruppe zu brechen, die Positionen gleichmäßig und demokratisch auf alle Gruppen aufzuteilen und gegebenenfalls eine „deutsche Verbindungsglieder“ zu schaffen. Vielfach wird auch eine Neuausrichtung des Kurses in Form eines „Donau-Föderation“ verlangt und die Aufgabe des Nationalstaaten-Standpunktes von 1918/19.

Der Bundestag wird dabei ein entscheidendes Wort mitsprechen haben. J. G.

Im Königin-Mantel der Viktoria

Königin Elizabeth eröffnete das Parlament

London (C. G.). Die Parlamentseröffnung stellt eine kleine Vorprobe zu den Krönungsfeierlichkeiten dar. Für die Fahrt der Königin vom Buckingham-Palast zum Parlament waren ungewöhnliche Vorbereitungen getroffen worden, um prominenten Persönlichkeiten einen Blick auf die Auffahrt zu sichern.

Diese Eröffnung des Parlaments war die erste große Staatsfunktion, die von der jungen Königin ausgeübt wurde, und allgemein wurde die Erinnerung an die erste Parlamentseröffnung durch Königin Viktoria im Jahre 1837 wachgerufen. Sie wurde verstärkt, da Königin Elizabeth die Staatsrobe, d. h. den weißen Königin-Mantel aus popurinem Samt mit Hermelin trug, die bereits von Königin Viktoria bei diesen Gelegenheiten benutzt worden ist. Zum letzten Male wurde diese Staatsrobe von der gegenwärtigen Königinmutter im Jahre 1950 getragen.

Die Königin fuhr zum Parlament in der irischen Staatskarosse, eskortiert von der Hauskavallerie. In den Auffahrtstraßen bildete die Garde die Königin wurde von Prinz Philipp begleitet, der Marienuniform trug. Im Oberhaus betrat die Königin zunächst den Ankleideraum, um die Staatsrobe anzulegen. Dann begab sie sich in feierlicher Prozession in den Sitzungssaal der Lords. Lord Salisbury fragte die Königin voran, Prinz Philipp begleitete die Königin zu dem Einzelthron, der auf der Estrade steht. Er selbst nahm auf einem Einzelsessel zur Linken der Königin Platz, auf demselben Sessel, den seinerzeit der Prinz-

gemahl Albert eingenommen hat. Inzwischen sind die Abgeordneten des Unterhauses durch den Black Rod, d. h. den „Meister des Schwarzen Stabes“ aufgerufen worden. Sie füllten die 130 Sitze vor der Barriere des Oberhauses aus. Nach der Verlesung der Thronrede durch die Königin war die Zeremonie zu Ende und die Königin begab sich zum Buckingham-Palast zurück.

Nachdem die Königin ihren Dank für die Zeichen der Sympathie aus allen Ländern des Commonwealth ausgesprochen hatte, begann sie die eigentliche Thronrede, deren außenpolitische Einleitung über sehr allgemeine Erklärungen nicht hinausging. Sie endete mit der Feststellung, daß der Ausbau der Verteidigung fortgesetzt werden würde, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Stärke des Landes.

Innenpolitisch kündete die Thronrede Bekämpfung der Inflation, Überprüfung der Staatsausgaben und Verbesserung der Zahlungsbilanz an, ohne konkrete Maßnahmen erkennen zu lassen. Konkrete Pläne für die Kürzung der Staatsausgaben können im Kabinettkaum vor Januar oder Februar beraten werden. Die Regierung beschließt, drei Gesetze in dieser Session zu verabschieden, nämlich die Gesetze über die Internationalisierung von Straßentransporten sowie Eisen und Stahl, ferner eine sehr technische Novelle zur Änderung über Stadt- und Landplanung.

Jeder Satz ist ein Paragraph

Bundestagsausschüsse befassen sich gründlich mit Deutschland- und Europavertrag

Von unserem Bonner Dr. A. R. Redaktionsmitglied

Die Professoren und Beamten des Auswärtigen Amtes gehen in diesen Tagen den Weg zum Bundestag allmählich im Schlaf, so oft müssen sie zu den Ausschüssen des Bundestages gehen, die den Deutschland- und Europavertrag beraten. Ausschüsse tagen hinter verschlossenen Türen, nebenbei bemerkt, aus guten Gründen, aber deswegen bleibt ihre Tätigkeit der Öffentlichkeit verborgen und so hat diese Öffentlichkeit auch nicht viel davon gehört, daß seit Wochen die deutsch-alliierten Verträge im Bundestag diskutiert werden. Unzählige Fragen zu den Bestimmungen dieser Verträge sind schon gestellt und von den Repräsentanten der Regierung beantwortet worden, umfassende Erläuterungen sind gegeben worden und die Abgeordneten haben sich weit mehr Gedanken über die Verträge gemacht als es nach außen den Anschein hat.

Manche Äußerungen aus parlamentarischen Mund allerdings, daß an den Verträgen doch nichts mehr geändert werden könne und ein rascher Beschluß nötig sei, haben einen falschen Eindruck entstehen lassen. Es ist richtig, daß ein Parlament bei der Ratifizierung eines internationalen Abkommens kein Komma mehr an den von den Regierungen unterzeichneten Verträgen ändern und nur so allem ja oder so allem nein sagen kann. Aber gerade die Beratung dieser Verträge in den Ausschüssen hat gezeigt, daß eingehende Erläuterungen wichtiger Bestimmungen von entscheidender Bedeutung sind und die Abgeordneten vor ihrem Votum noch einiges mehr gesagt bekommen müssen als im Text steht.

Diese Texte sind schon umfangreich genug. Die Vorlagen über die Verträge haben den Umfang eines dicken Buches, in dem jedoch jeder Satz ein Paragraph ist und in dem viele Paragraphen es in sich haben. Wenn die Juristen in den Verhandlungen mit den Alliierten wochenlang manchmal um bestimmte Formulierungen gerungen haben, ist bei diesen jedes Wort von bestimmter Bedeutung, welche der Laie — und die Abgeordneten, die ohne Kenntnis dieser Verhandlungen jetzt beraten, sind in dieser Hinsicht Laie — dargelegt bekommen muß. Daher die vielen Fragen in den Ausschüssen an die Regierungsvertreter, daher die Notwendigkeit dieser Beratungen in den Ausschüssen.

Der leidige Umstand ist, daß auch die ausführlichsten Aufschüsse keine volle Gewähr geben können. Es kommt bei jedem Vertrag und erst recht bei einem internationalen nicht nur darauf an, was in den Paragraphen steht, sondern auch darauf, wie diese Paragraphen in der Praxis angewandt werden. Über diesen Punkt kann keine Gewähr gegeben werden. Hier handelt es sich um Wechsel, deren Einlösung von der „Bonität“ dessen abhängt, der ihn ausgestellt hat, und über die politische Bonität der westlichen Alliierten kann in den Ausschüssen ebenso lang und ebenso ergebnis-

los gestritten werden wie in der französischen Kammer über die deutsche Bonität gestritten werden wird. Das Musterbeispiel in dieser Hinsicht ist die Formel der Verträge geworden, daß sich alle Vertragspartner zum Ziel der deutschen Wiedervereinigung bekennen. Der Kanzler, der Staatssekretär, die Völkerrechtsexperten der Bundesregierung sehen in dieser Formel eine bindende Festlegung der Politik der Westmächte auf das Streben nach einer Wiedervereinigung Deutschlands. Viele Abgeordnete jedoch sehen in dieser Formel eben eine Formel, eine theoretische Deklaration, die keine praktische Bindung bedeuten muß.

So kam der Gedanke auf, zu diesem elementaren Punkt und auch zu einigen anderen Bestimmungen der Verträge zusätzliche alliierte Erläuterungen zu verlangen, verbindliche Interpretationen, die nicht in die Verträge selbst eingefügt werden können, aber dennoch zumindest klare Zusagen der Regierungen der anderen Seite sind. Die Bundesregierung hat sich diesen Forderungen entgegenstellt und zwar nicht weil sie diese nicht für begründet hält, sondern weil nach ihrer Ansicht solche Verhandlungen mit den Alliierten über Zusatzerklärungen eine neue und nach ihrer Ansicht folgenreiche Verzögerung der Ratifizierungen bedeuten wird. Washington wird vor Januar oder Februar nicht in der Lage sein, solche Erklärungen verbindlich abzugeben, und in Paris könnte die Forderung solcher weiterer Verhandlungen nach Auffassung der Regierung gerade den Kreisen willkommen kommen, welche nichts schallhafter als eine weitere Verzögerung der Ratifizierung wünschen.

Man glaubt im Kanzleramt genügend Gründe zu der Annahme zu haben, daß das französische Parlament zuletzt doch trotz aller augenblicklichen Äußerungen gegen die Verträge ja sagen wird, daß jedoch nach Kräften der Tag hinausgeschoben werden soll, an dem dieses Ja gesagt werden muß, und aus diesem Grund drängt der Kanzler auf die deutsche Ratifizierung. Eine klare Entscheidung des deutschen Vertragspartners setzt fraglos der französischen Seite eine Befristung ihres Zögerns. Sie setzt sich dem Verlangen in Paris ein Ende, überhaupt nochmals über eine Revision der Vertragsbestimmungen zu verhandeln. Sie wird eine moralische Bindung für die anderen Vertragspartner, deren Gewicht nicht unterschätzt werden kann.

So zeigt sich, daß der Aufstand in Paris gegen die Verträge in den Augen des Kanzlers ein weiteres Element der Beschleunigung der Entscheidung des Bundestags geworden ist, und die Koalition hat sich dieser Auffassung angeschlossen. Sie hat auf alliierte Zusatzerklärungen verzichtet, um zu Ende zu kommen. Aber die nächsten Wochen werden noch im Zeichen eingehender Diskussion über die Verträge hinter den verschlossenen Türen stehen, bis die Debatte im Plenum vor den Ohren der Öffentlichkeit geführt werden wird.



CLIPPER

Eine Cigarette für Raucher unserer Zeit



Zur Erhöhung der Qualität der Virginia-Blätter werden die Tabak-Blüten geköpft.

Typ: Virginia-Blend

Format: rund und lang

Preis: 10 Pfg.



STRAßE · HAMBURG

